



Liebe Genossinnen und Genossen,

der letzte Rundbrief liegt einige Wochen zurück. Mitte Juli hatte ich die letzte Ausgabe verteilt. Nun haltet Ihr die aktuelle Ausgabe in den Händen. Die Sommerpause lag dazwischen und es bedurfte erst wieder einer Sammlung an Beiträgen. Herausgekommen ist eine Ausgabe, die vielfältige Themen umfasst. Über drei Beiträge habe ich mich besonders gefreut:

**Sigmar Gabriel** hat sich in seiner Funktion als Vorsitzender unserer Partei bereit erklärt, einen Beitrag für diese Ausgabe beizusteuern. Er zieht eine Bilanz des Regierungshandelns, skizziert die außenpolitischen Probleme und wirft einen Blick auf die Kampagne der Bundespartei „#digitalLeben“, die die zentrale Veränderung unseres Lebens zum Gegenstand hat.

Programme unserer Partei bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Sie sind oftmals eingebettet in Programmtraditionen. **Wolfgang Jüttner** wirft einen Blick auf die Grundsatzprogramme nach 1945 und lenkt die Aufmerksamkeit auf bestimmte Festlegun-

gen des aktuellen Hamburger Grundsatzprogrammes.

**Bernd Lynack** MdL stand für ein Interview zur Verfügung. Anstehende Änderungen der Niedersächsischen Kommunalverfassung und die Bedeutung der Fachhochschulen sind hier der Schwerpunkt - passend zu den Schwerpunktsetzungen seiner Arbeit im Niedersächsischen Landtag.

Weitere Themen des Rundbriefes sind der Rückblick auf das Brennetzregrennen, die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung auf Ebene des SPD-Unterbezirks, der „Tag der offenen Tür“ des neuen Unterbezirksbüros und die Veranstaltung des Gemeindeverbandes mit Bernd Lange MdEP am 27. Oktober 2014.

Die Berichte über unsere Mitgliederversammlung und das Kinderfest dürfen nicht fehlen. An beiden Veranstaltungen konnte ich selbst leider nicht teilnehmen. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an alle Genossinnen und Genossen, die zum Erfolg beider Veranstaltungen beigetragen haben.

Euer Sven

## Aktuelle Herausforderungen der SPD in der Großen Koalition

### von Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender

Seit knapp einem Jahr regiert die SPD wieder im Bund. Dabei kann sich das erste Jahr für die SPD durchaus sehen lassen. Mit der Rente mit 63, dem Mindestlohn, dem Neustart der Energiewende und einer Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts durch die Abschaffung der sog. Optionspflicht konnten wir in den ersten Monaten der Regierungsarbeit wesentliche Punkte umsetzen, für die wir im letzten Bundestagswahlkampf gekämpft haben.

Auch wenn diese Leistungsbilanz schon heute deutlich besser ausfällt als die von Schwarz-Gelb nach vier Jahren, werden wir auch weiterhin der Motor dieser Bundesregierung sein. Unter den vielen noch anstehenden Aufgaben möchte ich folgende Projekte herausheben:

#### Mietpreisbremse

Mit der Mietpreisbremse wollen wir erreichen, dass überzogene Preissteigerungen in Ballungsgebieten unterbunden werden. Wir müssen es schaffen, dass Mietpreissteigerungen von 20, 30 Prozent oder sogar noch mehr, die beispielsweise in München feststellbar sind, verhindert werden. Denn es kann nicht sein, dass NormalverdienerInnen aus den Städten hinaus getrieben werden, nur weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Die Mietpreisbremse sieht vor, dass bei einem Mieterwechsel die neue Miete maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen darf. In welchen Gebieten dies greift, sollen die Bundesländer für fünf Jahre festlegen. Betroffen sind vor allem Universitäts- und Großstädte. In Kraft treten soll die Mietpreisbremse im kommenden Jahr. Mit moderaten Preissteigerungen wird darüber hinaus auch erreicht, dass sich der Mietspiegel nicht mehr in der bisherigen Geschwindigkeit entwickelt.

#### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Weiter gilt unser Augenmerk dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Durchschnittlich verdienen Frauen heute immer noch 22 Prozent weniger als Männer. Hier müssen wir unter anderem ansetzen, indem wir Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden wie. z.B. im Pflege- und Kinderbetreuungsbereich, aufwerten.

#### Solidarische Lebensleistungsrente

Nicht zu vernachlässigen ist das Problem der Altersarmut. Immer weniger Menschen können von ihrer Rente leben und müssen deshalb – obwohl sie ihr gesamtes Leben gearbeitet haben – beim Sozialamt aufstößende Leistungen beantragen. Diesen menschenwürdigen Zustand wollen wir beseitigen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist uns bereits mit dem Mindestlohn gelungen, denn die Höhe der Rente hängt in allererster Linie vom Einkommen und den damit verbundenen Beitragszahlungen während des Erwerbslebens ab. Der Mindestlohn wird also zwangsläufig für durchschnittlich höhere Renten sorgen. Doch damit allein ist das Problem noch nicht gelöst. Deshalb werden wir bis 2017 die solidarische Lebensleistungsrente von 850 Euro als Mindestrente einführen. Dies kommt besonders GeringverdienerInnen und Personen, die Angehörige gepflegt und Kinder erzogen haben, zu Gute.



Sigmar Gabriel beim Parteikonvent am 20. September 2014,  
Foto: Dirk Bleicker

#### Außenpolitische Herausforderungen

Unabhängig von den im Koalitionsvertrag festgelegten Aufgaben, stehen wir seit diesem Jahr vor enormen außenpolitischen Herausforderungen. Die Krisenherde in der Ukraine und im Nahen Osten zwingen auch die Bundesregierung zum Handeln. Besonders schockierend sind die Bilder, die uns seit dem Sommer vom Vormarsch der Terrormiliz „Islamsicher Staat“ im Irak erreichen. Dem Massenmord an den Jesiden und anderen Andersgläubigen, der Massenvergewaltigung von Frauen und der Entführung von Geiseln mit deren anschließender Ermordung durch die Terroristen können und konnten wir nicht tatenlos zuschauen. Neben humanitärer Hilfe rückte sehr schnell auch die Frage nach deutscher Waffenlieferung als Handlungsoption für die Bundesregierung in den Fokus. Damit verbunden war ein intensiver Meinungsbildungsprozess innerhalb der SPD. Keiner von uns hat sich die Entscheidung leicht gemacht. Es existiert unbestritten das Risiko, dass diese Waffen in künftigen Auseinandersetzungen wieder eingesetzt werden. Niemand kann das leugnen. Aber gegen dieses Risiko steht eine Sicherheit: der hunderttausendfache Tod

der Jesiden und Kurden, wenn die IS mit ihren modernen Waffen Erbil überrennt. Dem Risiko, dass unsere Waffen in falsche Hände kommen, steht der sichere Tod für Tausende gegenüber. Dabei können wir nicht zuschauen. Am Rande sei erwähnt, dass die Waffenlieferung keineswegs gesetzeswidrig ist, wie gelegentlich behauptet wurde, ganz im Gegenteil. Anders als bei normalen Waffenexporten, die ich gerade gegen den Widerstand der Rüstungsindustrie stark einschränke, handelt es sich hier nicht um ein Wirtschaftsprojekt, sondern um Nothilfe.

Auch der Ukraine Konflikt zwingt uns zum entschlossenen Handeln. Es kann nämlich nicht sein, dass im 21. Jahrhundert die Integrität von Staatsgebieten verletzt und damit eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen wird. Das Verhalten, das an außenpolitische Verhaltensmuster aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert erinnert, darf im 21. Jahrhundert nicht unwidersprochen und ungestraft hingenommen werden. Deshalb sind die von uns beschlossenen Sanktionen gegen Russland absolut richtig und notwendig. Gleichzeitig dürfen in dieser Krise aber nicht die diplomatischen Kanäle abreißen. Mit Frank-Walter Steinmeier haben wir dafür genau den richtigen Minister im Auswärtigen Amt. Seit Monaten ist er unermüdlich im Einsatz, in diesem Konflikt zu vermitteln und Gesprächskontakte aufrecht zu erhalten, um weitere Gewalt zu verhindern.

### Kampagne „#DigitalLeben“

Neben den Herausforderungen, die sich für die SPD als Regierungspartei ergeben, müssen wir auch heute schon den Blick auf 2017 und darüber hinaus werfen. Konkret geht es um die Frage des gesellschaftlichen Wandels durch die Digitalisierung. Uns allen muss klar sein: das Digitale ist politisch! Politisch im umfassendsten Sinne, in dem Sinne, dass die digitale Revolution fast alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft berührt! Wie wir kommunizieren. Wie wir arbeiten. Wie wir wirtschaften. Wie wir Freiheit und Demokratie gestalten. Was wir hier erleben, ist ein „Wendepunkt technologisch-gesellschaftlichen Wandels“, wie es der viel zu früh verstorbene Frank Schirrmacher auf den Punkt gebracht hat. Die Folge ist, dass die Digitalisierung politische Antworten erfordert. Um diese zu finden, ha-

ben wir auf dem Parteikonvent im September die Kampagne „#DigitalLeben“ gestartet. Unter der Frage „wie verändert das Internet unser Leben?“ sind alle GenossenInnen aber auch BürgerInnen aufgerufen, sich an der Diskussion zu Chancen und Risiken der Digitalisierung zu beteiligen.

Begleitet wird die Kampagne durch eine eigene Plattform: auf [www.digitalleben.spd.de](http://www.digitalleben.spd.de) finden sich alle weiterführenden Informationen. Am Ende des Prozesses soll ein gemeinsames Programm für die digitale Gesellschaft stehen, das vom Bundesparteitag im Dezember 2015 beschlossen wird. Gerade weil die Digitalisierung ähnlich fundamentale gesellschaftliche Auswirkungen hat, wie die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, braucht sie klare Regeln. Hinsichtlich der Industrialisierung können wir heute sagen: Wir haben die Industrialisierung gezähmt! Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir sie gebändigt. Aber ohne ihr ihre Innovationskraft und ihre gesellschaftliche Nützlichkeit zu rauben! Das ist unser historischer Erfolg!

Heute, 150 Jahre später muss uns dieser historische Erfolg wieder gelingen! Gerade damit sich die Chancen der neuen, weltweit vernetzten Gesellschaft entfalten können, müssen Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Gerechtigkeit neu verteidigt werden.

Ich hoffe, dass sich die GenossInnen des Ortsvereins Grasdorf-Luttrum wie immer aktiv beteiligen und wir gemeinsam den Erfolg erzielen. Glück auf!



## Arbeit – Bildung – Niedersachsen SPD Niedersachsen startet Programmdiskussion

„Betriebsrat und Management“ – so der Titel des Namensbeitrages des Niedersächsischen Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden Stephan Weil in der Ausgabe 8/2014 des Magazins „Cicero“. Er setzt sich mit der Frage auseinander, wie der Weg der SPD aus dem 30-Prozent-Turm führen kann. Arbeit – Bildung – Niedersachsen – das ist die Überschrift für den Programmprozess, den die niedersächsische SPD nun startet, um diese Frage zu diskutieren und Antworten zu geben. Die Leitfrage lautet dabei: Wie können in Niedersachsen „gute“ Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden?

„Wir wollen die Partei der guten Arbeit sein. Aber gute Arbeit ist mehr als Mindestlohn“, so Katja Schoner, Mitglied im SPD-Landesvorstand Niedersachsen und stellv. Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim. „Die SPD muss wieder die Partei des gesellschaftlichen Aufstiegs sein. Und Arbeit und Bildung sind hierfür die Grundlage.“

Begleitet und organisiert wird der Diskussionsprozess durch ein Projektteam. Für die Landesgruppe der niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten ist Bernd Westphal MdB, stellv. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim, Mitglied des Projektteams. Ausgangspunkt für die Debatte sind die zurückliegenden Wahlergebnisse, deren Analyse und mögliche Kon-

sequenzen hieraus. Bei der Bundestagswahl 2009 war die SPD auf 23% gestürzt. Die Bundestagswahl im September 2013 ergab 25,7%. Und bei der Wahl zum Europäischen Parlament erreichte die SPD 27,3%, konnte sich prozentual verbessern. Gleichwohl zeigen die Wahlergebnisse: Die SPD ist im 30-Prozent-Turm gefangen. Und die Frage ist, mit welchem Profil und welcher Programmatik die SPD aus diesem Turm ausbrechen kann.

In seinem Namensbeitrag für die Ausgabe 8/2014 des Magazins „Cicero“ hatte Stephan Weil diese Frage aufgegriffen und eine Antwort gegeben: „Viele Menschen halten die SPD für einen guten Betriebsrat der Gesellschaft, trauen ihr aber das Management nicht zu. (...) Die SPD muss stärker eine innovative Wirtschaftspolitik und die Sorge der Menschen um einen Arbeitsplatz in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, wenn sie wieder mehrheitsfähig werden will.“ Die SPD habe als Partei der Arbeit und als Partei der Bildung die Chance, ein authentisches Profil für die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft zu entwickeln, so Stephan Weil im „Cicero“. Sein Fazit im Artikel: „Innovation und Gerechtigkeit“ – nicht die schlechtesten Leitplanken für den künftigen Kurs der SPD.“

---

### Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) im SPD-Unterbezirk Hildesheim gegründet

Seit Montag, dem 7. Oktober hat der SPD-Unterbezirk Hildesheim eine neue Arbeitsgemeinschaft. Die AfB ist ein Forum für alle, die sich für ein sozial gerechtes Bildungssystem einsetzen wollen.

Die stellv. UB-Vorsitzende Katja Schoner leitete die Gründungsversammlung und freute sich auf die neue Arbeitsgemeinschaft, die sicherlich eine Bereicherung für die Bildungspolitik ist. Als Kreistagspolitikerin freue sie sich auf Ideen, Anregungen aber auch auf Kritik.



Elke Tonne-Jork, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft für Bildung, hielt ein engagiertes Impulsreferat (Foto). „Bildung muss oberste Priorität haben und Aufgabe der AFB sei es, diese einzufordern“, stellte sie

fest. Im Anschluss wurden von den zahlreichen Gäste viele Fragen gestellt und eine lebhafte Diskussion entstand.

Die angesprochenen Themen waren so vielfältig, dass die AfB viel Arbeit vor sich hat.

Diese Aufgaben darf nun der neue Vorstand unter Leitung des Vorsitzenden Achmad Chmeis unter einen Hut bringen. Der Vorsitzende freut sich auf die Herausforderung und will mit seinem Team zeitnah

auf aktuelle Themen reagieren. Man wolle sich in Zukunft konstruktiv in den bildungspolitischen Diskurs hier vor Ort einbringen.

## Die Sonne scheint für das Kinderfest in Grasdorf

Am 14. September 2014 war es wieder soweit. Der SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum hatte zum traditionellen Kinderfest mit viel Spiel und Spaß auf dem Hof der Familie Richers in Grasdorf eingeladen.

Das waren die Spiele und Bastelaktionen für die vielen kleinen Gäste, die auch dieses Jahr wieder das Kinderfest besuchten: Dosenschießen, das Autorennen, Schminken, Wurfballchen basteln und der Handwerkerisch, wo wieder unter fachmännischer Anleitung gesägt, gehämmert, geschraubt und gebastelt wurde.

Dabei entstanden hauptsächlich Segelboote mit bunten Segeln, die mit Stolz davon getragen wurden. Die Süßigkeiten-Wurfmaschine, die Edelsteinsuche in einem mit Sand gefüllten Schatzkoffer und auch das mittlerweile traditionelle Kistenstapeln durften in diesem Jahr nicht fehlen.

Natürlich war wieder für das leibliche Wohl gesorgt: Kaffee, Kuchen und Waffeln, Fischbrötchen, Gyros und Herzhaftes vom Grill, dazu gepflegte Kaltgetränke.

Und nachdem die Vortage dunkel und regnerisch waren und auch die Wetterprognosen nicht wirklich gutes Wetter

ankündigten, meinte es dieser Tag aber erneut gut mit dem Kinderfest. Denn schon am Vormittag waren die dunklen Wolken verschwunden, die Sonne schien und

läutete einen sonnigen, vergnügten Sonntagnachmittag und damit ein gelungenes Kinderfest ein.

Viola Bangel und Hans-Adolf Knopp als Gesamtverantwortliche zeigten sich mit dem Verlauf des Kinderfes-

tes zufrieden, wenn auch der Besuch nicht so zahlreich, wie in den vergangenen Jahren war. Sie betonten, dass dieses Fest ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht durchzuführen sei. Einen ganz besonderen Dank richteten sie an die Jugendlichen, die sich auch dieses Jahr wieder aktiv an der Vorbereitung und der Durchführung des Kinderfestes beteiligten und sich mit viel Geduld und Freude um die kleinen Gäste gekümmert haben. „Gerrit Bansch, Florian Finger, Franziska Hoffmeister, Philipp Hoffmeister, Lucas Macke, Robert Malutzki, Lukas Malutzki, Marvin Nowack, Joana Radtke, Giancarlo Radtke, Jonas Zajsek und Daniela Zanger haben das Fest toll unterstützt und maßgeblich zum Erfolg beigetragen. Ihnen gehört unser aller großer Dank!“



## Godesberg, Berlin, Hamburg - die SPD und ihre letzten drei Grundsatzprogramme von Wolfgang Jüttner

Eine konservative Partei ist genügsam - ein „Weiter so“ reicht ihr als Orientierung. Für eine Partei wie die Sozialdemokratie, die in ihrer mehr als 150-jährigen Geschichte immer reformorientiert war und gesellschaftliche Verhältnisse verändern wollte, mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit als Forderung in der Wiege liegen hatte, ist ein Grundsatzprogramm unverzichtbar. Die Parteigeschichte zeigt: alle 20 -30 Jahre rumort es, wird der Wunsch, sich aktuell zu positionieren, lauter und lauter. Dabei zielt das Interesse interessanterweise weniger auf die Öffentlichkeit, schon gar nicht auf das politische Tagesgeschäft. Es zieht seine Bedeutung aus der Binnenfunktion: die Partei will sich vergewissern, dass sie mit ihrem Selbstverständnis auf der Höhe der Zeit ist. Es geht um Identität, aber auch um innerparteiliche Integration, um das Selbstverständnis, aus dem heraus die Partei ihre Kraft zieht. Dem Godesberger Programm von 1959 wird aus guten Gründen in der Geschichte der Partei ein hoher Stellenwert eingeräumt: die SPD wird Volkspartei, man muss nicht mehr Marxist sein, um sich in ihr heimisch zu fühlen, auch Bergpredigt und Aufklärung bieten Zugangswege. Godesberg hat wesentlich dazu beigetragen, den Weg zur nationalen Regierungsbeteiligung zu öffnen.

Der Verlust der Regierungsverantwortung 1982 veranlasste, sich neu zu positionieren. Neue sozialen Bewegungen waren entstanden, eine neue politische Beteiligungskultur wurde eingefordert, die uneingeschränkte Bejahung des technischen Fortschritts war aus der Zeit gefallen, die Gleichheit der Geschlechter zwar rechtlich, aber gesellschaftlich nicht umgesetzt - Gründe genug, an einer Aktualisierung des Programms zu arbeiten. Dieser Diskussionsprozess wurde 1989 abgeschlossen. Das Berliner Programm baut auf Godesberg auf, aber

es setzt schon sehr eigene Akzente: die gegenseitige Bedingtheit der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität dokumentiert die Komplexität, unter der Politik organisiert wird; ein sozialdemokratisches Menschenbild wird entwickelt („Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig.“); der traditionelle Fortschrittsglaube, dass der technische Fortschritt praktisch den sozialen im Rucksack hat, wird relativiert; der ökologischen Herausforderung wird erstmalig Rechnung getragen; der Politik- und Demokratiebegriff wird erweitert. Dem Berliner Programm war es gelungen, die Debattenlage der 70er und 80er Jahre einzufangen, bei seiner Verabschiedung im Dezember 1989 standen aber andere Themen auf der Tagesordnung: die Mauer war gerade gefallen, die alte Weltordnung in Auflösung begriffen, so dass das Programm eher als Abschluss einer Periode denn als Herausforderung der Zukunft begriffen wurde. Es war eben nicht mehr aktuell, als es verabschiedet wurde.

Nicht von ungefähr setzte bereits im Jahre 1999 die Debatte um Revisionsbedarf an. Erstmals wurde diese Debatte parallel zu einer Regierungsbeteiligung geführt, immer wieder ausgesetzt und erst

2007 unter dem Vorsitz von Kurt Beck nach vergleichsweise intensiver Diskurskampagne verabschiedet.

Natürlich knüpft es an: daran, dass die Grundwerte sich gegenseitig bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen; an das Menschenbild aus dem Berliner Programm, den Volkspartei-Anspruch aus Godesberg, den europäischen Gedanken aus dem Heidelberger Programm von 1925.

### GRUNDSATZ PROGRAMM

Grundsatzprogramm  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands.  
Beschlossen vom  
Außerordentlichen Parteitag  
der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands in Bad Godesberg  
vom 13. bis 15. November 1959



Aber natürlich akzentuiert das Hamburger Programm auch - 2 Beispiele dafür:

1. Die politische Praxis weltweit nach 1990 ist gekennzeichnet durch Marktradikalität und Deregulierung; Markt statt Staat war das Motto. Dagegen wird in Hamburg der demokratische Staat als die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger offensiv entwickelt und letztlich das Primat gegenüber der Ökonomie beansprucht.
2. Mit dem Begriff des „vorsorgenden Sozialstaats“ wird der Versuch unternommen, soziale Gerechtigkeit zu erhöhen und die traditionelle Reduktion von Sozialpolitik auf Sozialversicherungspolitik zu überwinden. Die Nachsorge nicht vernachlässigen, aber in der Biographie jedes einzelnen Menschen sehr früh ansetzen, Startchancen verbessern statt kompensieren, Bildungspolitik als Schwerpunkt einer modernen Sozialpolitik begreifen und die Integration in die Arbeitsgesellschaft als Ziel zu begreifen - so die Vision einer neuen Sozialstaatlichkeit.

Natürlich ist ein Grundsatzprogramm als Ergebnis einer innerparteilichen Willensbildung kein Text, der nur begeistert - zu viele Kompromisse und Teilinteressen sind zu berücksichtigen. Das Programm von Hamburg mit seiner Nachdenklichkeit und seinem Optimismus ist gleichwohl ein Manifest der angemessenen Antworten auf eine immer komplexer werdende Welt, der Diskussionsprozess hin zum Programm eine beeindruckende gesellschaftspolitische Weiterbildung. Das Kernstück politischen Handelns, Wahlen zu gewinnen und politische Gestaltungsmöglichkeiten auszuüben, sind wir damit leider nicht näher gekommen, wie die Wahlergebnisse von 2009 und 2013 zeigen.

Sieben Jahre sind seit der Verabschiedung des Hamburger Programms vergangen - der Crash an den Finanzmärkten 2008 und den Folgejahren hat seitdem die internationale Weltpolitik in Atem gehalten, und dass heute, 100 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkriegs, das Thema „Krieg und Frieden“ eine derartige



Foto: Christoph Mattered

Aktualität erhält, haben wir uns Delegierte in Hamburg nicht vorstellen mögen. Es nimmt dem Programm nichts an Relevanz - macht uns aber darauf aufmerksam, dass wir auch jenseits von Grundsatzdebatten die innerparteiliche Diskussionskultur deutlich verbessern müssen, um tagespolitische Antworten aus unserem Grundwerteverständnis heraus ableiten zu können.

.....

## Brennetrogrennen - Freiwillige Feuerwehr Luttrum verteidigt den 1. Platz

Politik bedeutet auch Spaß. Und daher hatte der SPD-Gemeindeverband Holle für den 3. August 2014 die Vereine und Verbände zum 6. Brennetrogrennen eingeladen. Mit dabei waren auch Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle, und Markus Brinkmann MdL. Zu Gast war ebenfalls Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim.

Der Vormittag des 3. August war erst einmal geprägt von einem kritischen Blick zum Himmel. Spielt das Wetter mit? Ja, es tat es – zumindest bis zum Ende des Rennens – und so stand dem Brennetrogrennen nichts im Weg. 10 Mannschaften

traten an: die Landjugend Grasdorf, das Jugendzentrum Holle, die Holler Postschnecken, die Moorhexen aus Luttrum, die Freiwillige Feuerwehr Luttrum, die Jugendfeuerwehr Grasdorf, die Reservistenkameradschaft Sottrum, die Freiwillige Feuerwehr Heersum und der SPD-Ortsverein Sottrum. Die Mannschaft der Freiwilligen Feuerwehr Luttrum verteidigte ihren ersten Platz vom vergangenen Brennetrogrennen und konnte erneut den Wanderpokal entgegennehmen.



Auch in diesem Jahr nahmen mehrere hundert Besucherinnen und Besucher an der Veranstaltung teil und beobachteten das Rennen vom Ufer der Innerste, be-

jubelten die Mannschaften und feuerten diese an. Die Boote auf der Innerste, der Spaß der dort Mitfahrenden und die Freude an den Wasserschlachten übertrug sich dabei auch auf das Publikum, das das Bild auf der Innerste genoss. Kaffee, Kuchen, Bratwurst, Steak und Kaltgetränke sorgten schließlich für die kulinarische Begleitung des Nachmittages, der leider im Anschluss an die Beendigung des Rennens und der Preisübergabe durch heftigen Regen beeinträchtigt wurde.

Das Fazit war insgesamt positiv. „Es war eine tolle Stimmung“, so Maïke Gückel, stellv. Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbandes Holle. „Und es macht Spaß, zu sehen, mit welchem großen Engagement und sichtbaren Spaß die Mannschaften dabei sind und auch bereits im Vorfeld große Kreativität in die Ausgestaltung ihrer Boote gesteckt haben.“



.....

## Außerordentliche Mitgliederversammlung am 13. September 2014

Seit Anfang dieses Jahres wird im SPD-Gemeindeverband Holle eine Diskussion um die zukünftige Gestaltung der Parteistrukturen in der Gemeinde Holle geführt. Der Ortsverein Grasdorf-Luttrum steht mit 40 Mitgliedern zwar noch gut da, im Juli sind sogar zwei neue Mitglieder eingetreten. Allerdings ist die Zukunft auch nicht sorgenfrei. In anderen Ortsvereinen des Gemeindeverbandes sieht die Situation heute schon deutlich schwieriger aus. Geringe Mitgliederzahlen machen bei einigen Ortsvereinen eine eigenständige Ortsvereinsarbeit schwierig. Hinzu kommt ein hoher Altersdurchschnitt – auch wenn klar ist, dass Alter kein ausschließliches Kriterium ist und sein darf.

Ende Mai hatten sich die Ortsvereinsvorstände getroffen, um über das weitere Verfahren zu beraten. Verabredet wurde, dass alle Ortsvereine bis Ende Oktober ein Meinungsbild ihrer Mitglieder einholen, damit auf dieser Basis dann ggf. weitere Gespräche zwischen den Ortsvereinen geführt werden können. Die Mitglieder des Ortsvereins Grasdorf-Luttrum wurden schon frühzeitig informiert und für den 13. September zu einer

außerordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen. Zur Versammlung erschienen 17 Mitglieder und das ist bei gleichzeitig stattfindenden Parallelveranstaltungen eine sehr gute Beteiligung. An der Aussprache beteiligten sich alle Anwesenden engagiert, sachlich und zielorientiert.

Die Diskussion ergab folgendes Meinungsbild: Am liebsten ist den Mitgliedern ein eigenständiger Ortsverein, weil er mit 40 Mitgliedern und lebendiger Arbeit vor Ort noch gut aufgestellt ist. Auch wird die eigene Ortschaft als Hauptbezugspunkt und mit Hauptinteresse gesehen und oftmals war auch das Engagement der SPD für die Ortschaft Grund für den Beitritt zur SPD. Eine kleine Fusionslösung wird ausgeschlossen, einer großen Lösung sich nicht verschlossen, auch aus Verantwortung für die anderen Ortsvereine. Aber eine große Lösung soll nicht forciert werden und es wird die Erwartung formuliert, dass die anderen Ortsvereine sich ebenfalls äußern und mit Vorschlägen kommen müssen.

## Arbeit, Bildung und Wirtschaft stärker miteinander verbinden Sechs Fragen an Bernd Lynack MdL

**Seit 2013 regiert die SPD in Niedersachsen, in wenigen Wochen wird der zweite rot-grüne Haushalt auf den Weg gebracht. Wie ist die politische Bilanz?**

Ich bin mit der Bilanz sehr zufrieden. Trotz des desolaten Haushalts, den wir von schwarz-gelb übernommen haben und trotz des immer kleiner werdenden Spielraums, den uns die Schuldenbremse lässt, ist es gelungen, einen echten Politikwechsel umzusetzen. Das wird in keinem Bereich so deutlich, wie bei der Kultuspolitik. Mit der ‚Zukunftsoffensive Bildung‘ legen wir ein Investitionsprogramm für frühkindliche Bildung, Ganztagschulen und Inklusion auf, das seinesgleichen sucht. Gleichzeitig fahren wir auch die Neuverschuldung weiter zurück, um ab 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Für uns ist aber auch klar, dass nicht an Zukunft und an der Substanz des Landes gespart werden darf. Deshalb legen wir großen Wert darauf, weiter in die Bereiche Bildung und Infrastruktur zu investieren. Man kann also sagen: SPD und Grüne setzen unter schwierigen Bedingungen klar politische Akzente. Das haben uns nach der Wahl viele mit unserer Ein-Stimmen-Mehrheit nicht zutraut.

Weitere Höhepunkte der ersten Monate im Landtag waren für mich darüber hinaus die Abschaffung der Studiengebühren, die wir ebenfalls in voller Höhe den Hochschulen gegenfinanziert haben, sowie der Paradigmenwechsel in der Flüchtlings- und Ausländerpolitik.

**Du bist Mitglied im Innenausschuss des Landtages. Auf der Agenda steht u.a. die Reform der Kommunalverfassung. Was erwartet uns?**

An der Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird zur Zeit noch kräftig gearbeitet. Ich gehe davon aus, dass die Änderungen in der ersten Jahreshälfte in die parlamentarische Beratung gehen werden. Erste gravierende Änderungen haben wir bereits im ersten Jahr der Legislaturperiode umgesetzt: Die Synchronisation der Amtszeiten der Hauptverwaltungsbeamten, also den (Ober-)BürgermeisterInnen und LandrätInnen, mit den der Räte und Kreistage, sowie die Wiedereinführung der Stichwahlen.

Mit der jetzt anstehenden Novellierung werden wir die verbleibenden Zusagen unseres Wahlprogramms umsetzen. Dies betrifft die Stärkung der Gleichstellung, die Verbesserung der Beteiligung von Jugendlichen

und SeniorInnen und die Absicherung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, gerade auch im Hinblick auf die Energiewende.

**Dein zweiter Schwerpunkt ist die Arbeit im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur. Die SPD-Fraktion hat im Sommer das Fachhochschulentwicklungsprogramm durchgesetzt. Welche Bedeutung haben die Fachhochschulen? Warum diese Schwerpunktsetzung?**

Den Fachhochschulen kommt in unserer heutigen wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft eine entscheidende Rolle zu. Zum einen helfen sie mit ihrer praxisnahen Qualifikation dem Bedarf an Fachkräften nachzukommen. Zum anderen eröffnen sie vielen Menschen mit einer beruflichen Qualifikation die Chance auf Weiterbildung. Wir werden deshalb ein Programm für die Entwicklung von Fachhochschulen auflegen und die Kapazitäten weiter ausbauen. Das bedeutet u.a. bestehende Standorte wie z.B. auch Hildesheim auszubauen und zusätzlich neue Studiengänge aufzubauen. Dabei spielen insbesondere Studiengänge im Pflege- und Gesundheitsbereich eine große Rolle. Darüber hinaus soll die Forschung an den Hochschulen nachhaltig gestärkt werden.



**Die SPD Niedersachsen hat den Diskussionsprozess „Arbeit – Bildung – Niedersachsen“ gestartet. Wie bewertest Du diese Diskussion? Welchen Stellenwert hat die Verzahnung von Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft hierbei?**

Es ist richtig, dass wir die Themen Arbeit, Bildung und Wirtschaft stärker miteinander verbinden. Die SPD setzt oft auf soziale, bildungs- und arbeitspolitische Themen. Für diese Themen hat sie in der Bevölkerung hohe Kompetenzwerte und großen Rückhalt bei ihren Positionen. Allerdings spielt gerade auf Bundesebene das Thema Wirtschaft in der öffentlichen Debatte eine große Rolle. Es liegt nun an der SPD zu zeigen, dass ihre gute Politik für Bildung, Soziales und Daseinsvorsorge gleichzeitig auch gute Wirtschaftspolitik ist. So zahlen sich Investitionen in die Bildung und die Infrastruktur, also z.B. in die Straßen, mittel- bis langfristig aus. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Auch vom Mindestlohn gehen starke wirtschaftliche Impulse aus. Selbst wenn es Union und Arbeitgeber oft andersherum darstellen. Wer zwischen 8 und 10 Euro in der Stunde bekommt und vom Mindestlohn profitiert, der sitzt nicht auf seinem zusätzlichen Geld, sondern gibt

es aus. So wird die Inlandsnachfrage gestärkt. Das ist wichtig, wenn wir unsere deutsche Wirtschaft weiterhin stabil halten wollen und das Ungleichgewicht bei der Außenhandelsbilanz korrigieren wollen.

**Einen Schritt zurück: Kulturpolitik. Was macht sozialdemokratische Kulturpolitik aus?**

Kultur ist ein Bereich, der leider oft ganz oben auf der Liste steht, wenn Kommunen oder auch Bund und Länder den Rotstift ansetzen müssen. Das hat fatale Folgen. Ohne Kultur gibt es keine Bildung, ohne Bildung keine Kultur. Sozialdemokratische Kulturpolitik bedeutet für mich in erster Linie immer auch Teilhabe. Teilhabe für alle Menschen. Egal, ob 'Hochkultur', oder Soziokultur. Beides ist wichtig. Beides muss nebeneinander bestehen können. Beides muss jeder und jedem, unabhängig von Vorbildung, Alter und Herkunft, zugänglich sein.

Gerade die Soziokultur, wie z.B. die Kulturfabrik Löseke bei uns in Hildesheim, bietet ein unglaublich weitgefächertes Programm und spricht damit ganz verschiedene gesellschaftliche Gruppen an. Darüber hinaus ist Kultur auch immer für den ländlichen Raum ein Standortvorteil, wenn es darum geht z.B. junge Familien nicht an die Städte ‚zu verlieren‘. Kultur ist und bleibt für uns öffentliche Daseinsvorsorge.

**Zuletzt: Wie ist Dein persönlicher Eindruck der Landtagsarbeit nach etwas mehr eineinhalb Jahren Landtagsabgeordneter?**

Es macht mir unglaublich viel Spaß Dinge voranzubringen und Politik gestalten zu können, im Großen wie im Kleinen. Jeden Tag, den ich in der Regierungskoalition arbeiten darf, kann ich den Satz von Franz Müntefering ‚Opposition ist Mist‘ besser nachvollziehen. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass vor allem der Umgangston in den Landtagssitzungen für mich zunächst etwas gewöhnungsbedürftig war. Es herrscht mitunter ein scharfer Ton und es wird sich zwischen den Lagern nichts geschenkt. Damit habe ich mich arrangiert, solange alles seine Grenzen hat, kann das der Demokratie auch gut tun.

Nach wie vor am wichtigsten sind mir die 'kleinen' Dinge, die den Menschen hier vor Ort im Wahlkreis unter den Nägeln brennen. Die Begegnungen in den Vereinen, Verbänden, Betrieben, in meinen Sprechstunden, oder einfach beim Eis essen auf dem Hildesheimer Marktplatz. Hier nehme ich viel mit für meine politische Arbeit und kann manchmal auch dabei behilflich sein, ein 'kleines, großes' Problem zu lösen.



**SPD-Gemeindeverband Holle diskutiert transatlantische Freihandelsabkommen**

„Freihandel – Ziele und Auswirkungen“, so der Titel der Veranstaltung, zu der der SPD-Gemeindeverband Holle für den 27. Oktober 2014 eingeladen hatte.

Im gut besuchten „Glashaus“ in Derneburg diskutierten Bernd Lange MdEP, Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, Maritta Strasser, Campaignerin bei Campact, und Kai Greten, Geschäftsführer von Fagus-GreCon Greten GmbH & Co. KG in Alfeld, die Ziele und möglichen Auswirkungen der transatlantischen Freihandelsabkommen. Die Moderation lag bei Simone Flohr, Vorsitzende des Ortsvereins Sillium.

Der vollständige Bericht findet sich auf der Homepage des SPD-Gemeindeverbandes Holle unter <http://www.spd-holle.de>



## „SPD im Dialog“ – Türen ganzjährig weit geöffnet

Spannende Gespräche, Vorstellung der SPD, der Arbeitsgemeinschaften, Essen und Getränke und Musik mit dem Duo „Two U“ - so das Programm des „Tages der offenen Tür“ am 24. Oktober 2014. Zu diesem Anlass betonte Waltraud Friedemann noch einmal den Charakter des Büros. „Servicecenter ist nicht nur eine Bezeichnung, das Büro dient der Kommunikation, dem Service für Mitglieder, Parteigliederungen und Öffentlichkeit sowie dem Dialog. Das wollen wir mit dieser Veranstaltung unterstreichen“, erklärte Waltraud Friedemann.



Bernd Westphal zeigte sich mit der Veranstaltung sehr zufrieden. „Es war für uns wichtig, sowohl unserer Partei als auch der Öffentlichkeit unsere neuen Räume zu präsentieren. Wir wollen ein bürgernahes Büro sein und diese Veranstaltung soll dazu beitragen“, so Bernd Westphal MdB.

Diesem Anspruch schloß sich Bernd Lynack MdL an. „Dieses Büro soll Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sein“, hob er hervor. In seiner Funktion als Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Hildesheim betonte er die Wichtigkeit der gemeinsamen Bürogemeinschaft. „Es ist viel wert, dass sowohl der SPD-Unterbezirk als auch der SPD-Stadtverband und die Wahlkreisbüros unter einem Dach sind. Wer ein Anliegen an die SPD hat, hat hierfür eine Adresse“, so Bernd Lynack MdL.



Waltraud Friedemann zog zum Abschluss eine positive Bilanz des „Tages der offenen Tür“. „Es war eine erfolgreiche Veranstaltung. Wir laden alle ein, die SPD kennenzulernen und aktiv in der Partei mitzuarbeiten“, so Waltraud Friedemann. Und sie ergänzte: „Auch über unsere Homepage [www.spd-ub-hildesheim.de](http://www.spd-ub-hildesheim.de) besteht die Möglichkeit, die SPD kennenzulernen, Kontakt aufzunehmen und sich in die Diskussion einzubringen.“

Im Juli hat das SPD-Servicecenter seine neuen Büro- und Sitzungsräume im „Torhaus“, dem Gewerkschafts-



haus in der Osterstraße in Hildesheim, bezogen. Der SPD-Unterbezirk Hildesheim, der SPD-Stadtverband Hildesheim, der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal und der Landtagsabgeordnete Bernd Lynack mit ihren Wahlkreisbüros sind in den neuen Räumen im „Torhaus“ gemeinsam als Bürogemeinschaft vertreten. Die SPD, ihre Mitglieder und ihre Mandatsträger in Stadt und Landkreis Hildesheim haben damit weiterhin eine gemeinsame Anlaufstelle, mit funktionelleren und ansprechenderen Räumlichkeiten.

**Neue Adresse**  
**SPD-Unterbezirk Hildesheim**  
**Osterstraße 39 A**  
**Gewerkschaftshaus/  
 drittes Obergeschoss**  
**31134 Hildesheim**

## Zur Programmdebatte im SPD-Unterbezirk Hildesheim 1958

Am 15. November 1959, vor 55 Jahren, hat der Parteitag der SPD in Bad Godesberg ein neues Grundsat program, das Godesberger Programm, beschlossen. Es war das Ergebnis eines über mehrere Jahre andauernden Diskussionsprozesses, der 1953 begann und auch auf regionaler Ebene stattfand.

1958 fand in Alfeld die ordentliche Jahreskonferenz des SPD-Unterbezirks statt. Der Unterbezirksvorstand wurde neu gewählt. Heinrich Wilhelm Ruhnke wurde als Vorsitzender bestätigt.

Der SPD-Unterbezirk Hildesheim richtete für die Kreise Hildesheim-Land und Alfeld 1958 zwei weitere Konferenzen aus. Schwerpunkt beider Kreiskonferenzen war der Stuttgarter Bundesparteitag. Dieser Parteitag spielte für die SPD eine wichtige Rolle. Nicht nur, dass dort der Entwurf für ein neues Grundsat program vorlag. Nachdem bereits im Vorfeld des Parteitages Diskussionen über die Struktur der Parteispitze geführt wurden, nahm der Parteitag Änderungen vor. Erich Ollenhauer blieb zwar Parteivorsitzender, ihm wurden allerdings mit Herbert Wehner und von Knoeringen zwei Vertreter des „Reformflügels“ an die Seite gestellt. Der Geschäftsführende Vorstand wurde abgeschafft und stattdessen das Parteipräsidium geschaffen.

Der Entwurf für ein neues Grundsat program, der in Stuttgart vorgestellt wurde, fand im Unterbezirk Hildesheim Beachtung. „Neben der bereits genannten Unterbezirkskonferenz in Alfeld wurde eine zweite am 4. Oktober 58 in Hildesheim durchgeführt. Hier hatte der Genosse Willi Eichler, vom Parteivorstand, sehr ausführlich über den, vom Stuttgarter Parteitag im Mai 58, der Organisation und der Öffentlichkeit vorgelegten `Entwurf zu einem Grundsat program` referiert.“ (Geschäftsbericht des SPD-Unterbezirks Hildesheim für die Jahre 1958/1959, S.4).

Nachdem bereits der auf dem Stuttgarter Parteitag vorgelegte Programmentwurf bei Kreiskonferenzen vorgestellt wurde, wurde schließlich auch über das auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag in Bad Godesberg beschlossene Grundsat program laut Geschäftsbericht des SPD-Unterbezirks Hildesheim für die Jahre 1958/1959 auf zwei Kreiskonferenzen für Hildesheim-Land und Alfeld diskutiert.



© Archiv der sozialen Demokratie in der FES



Hildesheimer Presse, 7. Oktober 1958, Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500

### Impressum

SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum  
Sven Wieduwilt  
Wiethagen 3  
Luttrum  
Tel.: 963117  
swieduwilt@spd-holle.de

